

Bauherrin/Bauherr	PLZ, Ort, Datum	1. Ausfertigung für die Gemeinde 2. Ausfertigung für die Bauherrin/den Bauherrn 3. Ausfertigung für die untere Wasserbehörde
-------------------	-----------------	--

<input type="checkbox"/> Antrag zum Bau einer Grundstücks-Entwässerungsanlage gem. den Bestimmungen der örtlichen Abwassersatzung	Eingangsstempel der Gemeinde/Amt
---	----------------------------------

<input type="checkbox"/> Antrag auf Anschluss an die öffentliche Kanalisation (Schmutz-, Regen-, bzw. Mischwasser) gem. den Bestimmungen der örtlichen Abwassersatzung
--

An die Gemeinde-/Amtsverwaltung

Die Genehmigungsbehörde bittet um Verständnis, dass dieses Formblatt eines zügigen Baugenehmigungsverfahrens nur dienlich ist, wenn es vollständig ausgefüllt und die Unterlagen entsprechend beigefügt sind.

Gegenstand der Anträge ist das nachstehend beschriebene Bauvorhaben
I. Baugrundstück

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

Grundbuch von	beim Amtsgericht	Band	Blatt
Gemarkung	Flur	Flurstück	Grundstücksgröße m ²

<input type="checkbox"/> Das Baugrundstück liegt im Geltungsbereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes	B-Plan Nr.
---	------------

Das Baugrundstück liegt innerhalb eines Wasserschutzgebietes
Für die dezentrale Regenwasserversickerung ist bei der unteren Wasserbehörde eine wasserrechtliche Erlaubnis nach § 57 WHG zu beantragen ³⁾

II. Persönliche Angaben

Bauherrin/Bauherr/Antragstellerin/Antragsteller
Name, Vorname bzw. Firma

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

Telefax Angabe freiwillig

E-Mail Angabe freiwillig

Grundstückseigentümerin/Grundstückseigentümer (nur ausfüllen, wenn nicht mit Bauherrin/Bauherr identisch)
Name, Vorname bzw. Firma

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

Telefax Angabe freiwillig

E-Mail Angabe freiwillig

Entwurfsverfasserin/Entwurfsverfasser
Name, Vorname bzw. Firma

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

Telefax Angabe freiwillig

E-Mail Angabe freiwillig

Bauleiterin/Bauleiter
Name, Vorname bzw. Firma

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

Telefax Angabe freiwillig

E-Mail Angabe freiwillig

III. Baubeschreibung

1. Schmutzwasser

Neuanlage Erweiterung/Änderung Entwässerungsanlage vorhandene Entwässerungsanlage

Anschluss an Schmutz-/Mischwasserkanal Anschluss an Kleinkläranlage/Sammelgrube ¹⁾

1.1 Es soll eingeleitet werden

häusliches Abwasser		EW, insgesamt		EW, vorhanden
gewerbliches Abwasser		EGW, insgesamt		EGW, vorhanden

1.2 Es sollen angeschlossen werden

<input type="checkbox"/> an den Schmutzwasserkanal					<input type="checkbox"/> an den Mischwasserkanal				
Anschlussgegenstände (Stck.)	neu	vorhanden	entfallen	Gesamt	Anschlussgegenstände (Stck.)	neu	vorhanden	entfallen	Gesamt
Spülaborte					Waschbecken				
Urinalbecken					Spül- u. Ausgussbecken				
Urinalrinnen					Waschmaschine				
Bidets					Geschirrspüler				
Wannenbäder					Bodenabläufe				
Duschwannen									

1.3 Sollen Abwässer außergewöhnlicher Art abgeführt werden? Ja Nein

Wenn ja, welche?

1.4 Zur Vorbehandlung der außergewöhnlichen Abwässer sind vorgesehen:

<input type="checkbox"/> Benzinabscheider nach DIN 1999/EN 858	<input type="checkbox"/> Kartoffelstärkeabscheider
<input type="checkbox"/> Heizölabscheider	<input type="checkbox"/> Schlammfang
<input type="checkbox"/> Fettabscheider nach DIN 4040/EN 1825	<input type="checkbox"/> Vorreinigung/Neutralisation
<input type="checkbox"/> Sonstige <input type="text" value="Art"/>	

Jedem Antrag ist eine Anlagenbeschreibung und – bemessung beizufügen

2. Regenwasser

Wohngrundstück Gewerbegrundstück⁴⁾ Landwirtschaft⁴⁾

2.1 Es sollen angeschlossen werden

an den Regenwasserkanal an den Mischwasserkanal an ein Gewässer²⁾
 an eine dezentrale Versickerungsanlage
 Flächenversickerung²⁾ Muldenversickerung²⁾ Rohr-Rigolenversickerung³⁾ Schachtversickerung³⁾

Angeschlossene Flächen		vorhanden	entfallen	neu	Gesamt
Art	Baustoff	m ²	m ²	m ²	m ²
Dachflächen					
Terrassenflächen					
Hofflächen					
Zuwege und Zufahrten					
Abstellplätze für PKW					

2.2 Rückhaltung/Brauchwassernutzung

Regenwasserzisterne Regenwasserzisterne mit häuslicher Brauchwassernutzung geplant vorhanden

2.3 Beschreibung Einleitungsstelle

Einleitung von Niederschlagswasser in das Grundwasser ein Gewässer Name: _____
 Gemarkung _____ Flur _____ Flurstück (e) _____ Rechts-/Hochwert _____

Einleitungsmenge in l/s _____

3. Werkstoff, Ausführung und Dimensionierung

Art	Schmutzwasser		Regenwasser	
	Werkstoff	DN in mm	Werkstoff	DN in mm
Grundleitungen				
Sammelleitungen				
Falleitungen				
Anschlussleitungen				
Kontrollschächte				
Inspektionsöffnungen				
Rückstauverschlüsse (Hersteller/Typ)				
Hebeanlagen (Hersteller/Typ)				
Spülvorrichtung WC-Anlage (Typ)				

4. Alle Teile der Grundstücksentwässerungsanlage liegen auf dem eigenem Grundstück ja nein

4.1 Folgende Teile der Entwässerungsanlage führen über fremde Grundstücke bzw. gemeinschaftlichen Besitz:

4.2 Ein Leitungsrecht in Form einer Baulast/Grunddienstbarkeit ist bestellt soll bestellt werden

5. Angaben über Wasserversorgungsanlagen

5.1 Die Trinkwasserversorgung erfolgt über:
 öffentliche/genossenschaftliche Wasserversorgung geplant vorhanden
 eigenen Hausbrunnen** Gemeinschaftsbrunnen** geplant vorhanden
 ** Die Lage der Brunnen sind im Lageplan darzustellen

IV. Anlagen (je 1-fach)

<input type="checkbox"/> Übersichtsplan (z.B. Flurkartenauszug) mit Darstellung der Einleitstelle	<input type="checkbox"/> Hydraulische Berechnungen
<input type="checkbox"/> Lageplan im Maßstab 1 : 500 Darstellung vorhandene / geplante Gebäude Darstellung Schmutz-/Regenwasseranlagen/-leitungen mit Angabe der Durchmesser Darstellung der Versickerungsanlagen mit Angabe der Versickerungsfläche	<input type="checkbox"/> Bodenanalyse (bei Versickerungsanlagen) Nachweis Grundwasserstand und Durchlässigkeit des Bodens (k _r – Wert) <input type="checkbox"/> Bauzeichnungen (Grundriss, Schnitt)

V. Hinweise

¹⁾ Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis und Zulassung einer Grundstückskläranlage nach DIN 4261 mit den entsprechenden Planunterlagen bei der unteren Wasserbehörde in dreifacher Ausfertigung einreichen.
²⁾ Bei befestigten Flächen über 1000 m² ist eine wasserrechtliche Erlaubnis nach § 57 WHG zu beantragen, zu den Einzelheiten siehe³⁾
³⁾ Für die Einleitung ist eine wasserrechtliche Erlaubnis nach § 57 WHG bei der unteren Wasserbehörde mit einem Extra-Antrag (3-fach) mit folgenden Unterlagen zu beantragen: Formloser Antrag zur Erteilung der wasserrechtlichen Einleitungserlaubnis nach § 57 WHG, Angabe Größe und Nutzung der angeschlossenen Fläche und der Einleitmenge in l/s, Übersichtsplan (Flurkartenauszug) mit Darstellung und Beschreibung der Einleitstelle (Gemarkung, Flur, Flurstück, Rechts-/Hochwerte), Lageplan Maßstab 1 : 500 mit Darstellung des Einzugsgebietes des jeweiligen Entwässerungssystems und Darstellung der Entwässerungssysteme, Nachweis Grundwasserstand und Durchlässigkeit des Bodens (k_r – Wert) mittels Bodenanalyse und die Zustimmung der Gemeinde über die Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang von der Regenwasserkanalisation. Der Erlaubnisantrag ist zusammen mit dem Entwässerungsantrag für Schmutzwasser (3-fach) bei der Stadt-/Gemeinde-/Amtsverwaltung einzureichen.
⁴⁾ Hier gelten besondere Anforderungen, da das Regenwasser als „normal verschmutzt“ einzustufen und vor der Einleitung in einer Anlage zu behandeln ist. Für die Behandlungsanlage ist eine wasserrechtliche Genehmigung nach § 35 Abs. 2 LWG und für die Einleitung eine wasserrechtliche Erlaubnis nach § 57 WHG bei der unteren Wasserbehörde zu beantragen. In diesen Fällen sollte bereits in der Planungsphase die zuständige Wasserbehörde beteiligt werden.

VI. Erklärungen der Entwurfverfasserin/des Entwurfsverfassers

1. Ich/Wir erklären hiermit, alle Angaben nach besten Wissen und Gewissen gemacht zu haben.
2. Ich/Wir erkläre/n, dass die von mir/uns gefertigte vorstehende Beschreibung und vorstehenden Nachweise und die anliegenden Planunterlagen den öffentlich-rechtlichen Vorschriften sowie den zutreffenden DIN bzw. Euro-Normen und DWA Arbeitblättern entsprechen.
3. Mir/Uns ist bekannt, dass für die neu erstellten Grundstücksentwässerungsanlagen eine Dichtheitsprüfung nach DIN EN 1610 erforderlich ist. Eine Kopie des Dichtheitsprotokolls ist der Gemeinde/Amtsverwaltung zu übergeben.
4. Mir/Uns ist bekannt, dass alle Leitungen bzw. Anlagen vor ihrer Überdeckung durch die Gemeinde/Amtsverwaltung abnehmen zu lassen sind.
5. Mir/Uns ist bekannt, dass eine dauerhafte Grundwasserabsenkung bzw. -ableitung durch Kellerdrainagen einen nach Wasserrecht erlaubnispflichtigen Tatbestand darstellt.

Ort, Datum

Name und Unterschrift der Entwurfverfasserin/des Entwurfsverfassers

VII. Erklärungen der Bauherrin/des Bauherrn

1. Ich/Wir erklären hiermit, alle Angaben nach besten Wissen und Gewissen gemacht zu haben.
2. Ich/Wir verpflichte/n mich/uns alle Leitungen bzw. Anlagen vor ihrer Überdeckung durch die Gemeinde/Amtsverwaltung abnehmen zu lassen.
Ich/Wir erlaube/n hiermit unwiderruflich, dass Bedienstete der Gemeinde/Amtsverwaltung mein/unser Grundstück und die darauf stehenden Gebäude zum Zwecke der Prüfung der eingereichten Unterlagen betreten.
3. Nach Fertigstellung der gesamten Entwässerungsanlagen werde/n ich/wir die Abnahme bei der Gemeinde/Amtsverwaltung beantragen. Die Kosten der Abnahme werden von mir/uns übernommen.
4. Ich/Wir erklären, dass ich/wir die auf dem Baugrundstück zutreffenden Vorschriften der Satzung der Gemeinde über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Entwässerungsanlagen beachten und die hiernach auferlegten Verpflichtungen der Gemeinde erfüllen werde/n.
5. Mir/Uns ist bekannt, dass für die neu erstellten Grundstücksentwässerungsanlagen eine Dichtheitsprüfung nach DIN EN 1610 erforderlich ist. Eine Kopie des Dichtheitsprotokolls ist der Gemeinde/Amtsverwaltung zu übergeben.
6. Mir/Uns ist bekannt, dass die Entwässerungsanlagen erst nach unbeanstandeter Abnahme und nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Gemeinde/Amtsverwaltung in Betrieb genommen werden dürfen.
7. Mir/Uns ist bekannt, dass eine dauerhafte Grundwasserabsenkung bzw. -ableitung durch Kellerdrainagen einen nach Wasserrecht erlaubnispflichtigen Tatbestand darstellt.
8. Mir/Uns ist bekannt, dass die im Zusammenhang mit dieser Genehmigung erhobenen Daten nach den Vorschriften des Landesdatenschutzgesetzes und der Abwasserbeseitigungssatzung verarbeitet und für Zwecke der Erhebung von Abgaben genutzt werden. Mir/Uns ist bekannt, dass eine Übermittlung der Daten an die zuständige Wasserbehörde und die Bauaufsichtsbehörde erfolgen kann.
9. Ich/Wir verpflichten mich/uns, dass, sofern die Herstellung eines Kanalisationsgrundstücksanschlusses erforderlich wird, alle hierfür entstehenden Kosten zu tragen und erkläre/n mich/uns bereit, auf Verlangen der Gemeinde einen Vorschuss in ungefährer Höhe dieser Kosten vor Beginn der Arbeiten zu zahlen.

Ort, Datum

Unterschrift der Bauherrin/des Bauherrn